WP-01-K3-312-2

Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in:	BAG Behindertenpolitik
Beschlussdatum:	05.01.2025

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 311 bis 313 einfügen:
durch staatliche Stellen. Deutschland soll seinen Vorbehalt gegen die 5. Europäische Antidiskriminierungsrichtlinie aufgeben.Wir führen einen verpflichtenden Inklusionscheck für alle neuen Gesetze und Verordnungen ein. Bestehende Normen prüfen wir anlassbezogen.

Begründung

Inklusion in all ihren Dimensionen ist ist ein Menschenrecht, dass zu häufig als zentrales Querschnittsthema vergessen wird. Sehr viele Gesetze und Normen wirken diskriminierend und exkludierend. Auch unter der Ampel wurden viele Gesetze verabschiedet, ohne Bewusstsein für die Auswirkungen auf Minderheiten und intersektional betroffene Menschen. In Bezug auf Menschen mit Behinderungen ist das klar ein Verstoß gegen die UB-BRK und damit gegen geltendes Recht. Das muss sich dringend ändern!